



EMB-INNOVATIONSMANIFEST

(verabschiedet vom 97. EMB-Exekutivausschuss am 7./8. Juni 2004)

Industriepolitik

Ziel der Industriepolitik des EMB ist die Verbesserung der künftigen Entwicklung der Metallindustrie in Europa. Konzentriert wird sich im Rahmen dieser Industriepolitik in erster Linie auf Nachhaltigkeit, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Hauptziel ist die Annahme eines erweiterten Nachhaltigkeitsprinzips (mit seinen verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und demokratischen Aspekten), das möglicherweise als Bezugspunkt für die Einbindung unserer Auffassung von Industriepolitik in ein erweitertes europäisches Sozialmodell dienen könnte und zu einem nachhaltigen Wachstum führen sollte. Der Begriff ist darüber hinaus in die Strukturen des europäischen Sozialdialogs zu integrieren.

Die Arbeitnehmer in der europäischen Metallindustrie befürworten den Wandel, erwarten jedoch eine entsprechende Verwaltung der Umstrukturierungsverfahren. Den Wandel befürworten oder dem Wandel vorgehen bedeutet auch, daran teilzuhaben, sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, die verschiedenen Interessen aller betroffenen Parteien zu berücksichtigen. Entlassungen dürfen nur als letzter Ausweg vorgenommen werden, d. h. nachdem sich die Sozialpartner gemeinsam dazu verpflichtet haben, sämtliche Lösungen wie die Weiterbeschäftigung, Umschulung oder Versetzung der Arbeitnehmer sowie deren berufliche Fähigkeiten abzuwägen.

Innovation

Die Innovation ist ein wichtiger Antriebsmotor des Wandels und zur Verbesserung der künftigen Entwicklung und des Wachstums in der europäischen Metallindustrie unbedingt erforderlich. Die europäischen Metallarbeiter begünstigen somit die Innovation. In vorliegendem Papier wird Innovation hauptsächlich als eine Art kommerzielle Anwendung von etwas Neuem aufgefasst: eines neuen Produktes, eines neuen Verfahrens oder einer neuen Fertigungsmethode, eines neuen Marktes oder einer neuen Form der kaufmännischen, geschäftlichen oder finanziellen Organisation.

Allerdings wird betont, dass „Innovation mehr als nur technologische Innovation umfasst“¹. Ausschlaggebender Faktor für die künftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industriezweige ist die soziale und organisatorische Innovation sowohl am Arbeitsplatz und in den Unternehmen als auch in der Außenwelt. Gewerkschaften üben einen bemerkenswerten Einfluss auf die künftige Entwicklung dieser Strukturen aus und die Innovation wird somit zum zentralen Thema einer langfristigen Gewerkschaftspolitik. Der EMB ist sowohl Förderer als auch einer der wichtigen Player bei der innovativen Ausrichtung innerhalb der EU.

FEM30/2004

Als eine der Hauptinteressengruppen in einem Unternehmen besteht eine der Pflichten der Gewerkschaft darin, die Innovation in den Unternehmen und Sektoren nicht nur aktiv zu

¹ 2505. Ratssitzung, Brüssel, 13. Mai 2003, S. 11

unterstützen, sondern auch die Beschäftigung durch die Sicherstellung einer kontinuierlichen Beschäftigungsfähigkeit und die Einbindung der Arbeitnehmer zu gewährleisten. Deshalb ist es für den EMB von Interesse, aktiv konkrete Beiträge mitzugestalten und zu leisten, wenn es um die Frage geht, wo, wie und wann F&E-Projekte die Auswirkungen von F&E-Aktivitäten angesichts dieser gemeinsamen Ziele fördern könnten. Der EMB und seine Mitgliedsorganisationen werden ihre eigenen Innovationsaktivitäten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der europäischen Metallindustrie und deren Betriebsumfeld fortsetzen.

Innovationspolitik

Ein Innovationssystem besteht aus jenen Akteuren, welche die Richtung und Geschwindigkeit der Innovation und der Wissensverbreitung innerhalb des Systems beeinflussen. Bei Innovationsverfahren handelt es sich im Wesentlichen um interaktive Aktivitäten. Nur selten nehmen Unternehmen im Alleingang Neuerungen vor. Sie bauen vielmehr verstärkt auf Interaktionen mit anderen Organisationen, so z. B. mit anderen Firmen, Universitäten, Forschungsinstituten, öffentlichen Behörden usw.

Die Innovationspolitik ist somit jegliche Aktion, die dem Innovationssystem den gewissen Antrieb verleiht und es funktionsfähiger gestaltet. Das Unternehmen tritt als Hauptakteur in diesem Innovationsprozess auf und die Innovationspolitik muss sich dabei grundlegend auf das Verhalten der Unternehmen und deren Entwicklungsvoraussetzungen auswirken. Zahlreiche Bereiche der Politik sind wichtig, darunter die Förderung der Nutzung der IKT, die F&E-Politik, die Bildungspolitik, die Wettbewerbspolitik, die Handelspolitik, die Beschäftigungspolitik, die Regionalpolitik, die Umweltpolitik usw. Darüber hinaus sollte die Innovationspolitik zur Schließung der Lücke zwischen der Forschungsinfrastruktur und den Unternehmen beitragen.

Innovation ist ein Bereich, in dem die USA und Japan der EU voraus sind. Der EMB schlägt folgende Punkte zur Belebung des europäischen Innovationsprozesses vor:

1. Der EMB öffnet einen systematisch neuen Aktionsweg, indem er die Frage der Innovation im Rahmen von Sitzungen zum Thema Sozialdialog und in Diskussion mit dem CEEMET (WEM) und anderen Arbeitgeberorganisationen aufwirft und somit seiner eigenen Verantwortung, nämlich der Innovationsförderung nachkommt.
2. Der EMB unterstützt die technologische Entwicklung in Bereichen der F&E und die zunehmenden Beiträge zur F&E in den Zweigen der Metallindustrie. Das Ziel der Aufstockung der finanziellen Mittel für F&E auf 3 % des BIP bis 2010 ist als Mindestmaß für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu betrachten. Damit dieses Mindestmaß erfüllt wird, benötigen wir:
 - umfangreichere finanzielle Mittel für besondere politische Themen und Zielbereiche, die für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie entscheidend sind (insbesondere vorreiterische europäische Programme),
 - erhöhte Investitionen in F&E seitens der Unternehmen selbst, insbesondere jedoch seitens Unternehmen, die in den „alten“ Zweigen der Metallindustrie tätig sind,
 - mehr finanzielle Mittel für F&E auf nationaler Ebene (Ziel ist 1 % des BIP), vor allem im Bereich der IKT und der Metallindustrie,
 - zunehmende Bemühungen seitens der Kommission zur Koordinierung der bestehenden F&E- und Industriepolitik (sowie der damit zusammenhängenden Politikbereiche, die ggf. ein

Innovationshindernis darstellen könnten), was dort zu neuen Aktionen führt, wo der Markt versagt oder die Industrie nicht ausreichend Interesse bekundet, um einen Mehrwert für die gesamte europäische Metallindustrie zu schöpfen,

- größere Kraftanstrengungen zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den Beitrittsländern durch den Einsatz einer stärkeren EU-Finanzierung über Strukturfonds im Hinblick auf die Stärkung der einzelnen Innovationsstrukturen in den jeweiligen Ländern sowie eine weite Verbreitung der Innovations- und F&E-Ergebnisse der EU.
3. Der EMB ist zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen an der aktiven Förderung der oben angeführten politischen Ziele auf Unternehmens-, lokaler, nationaler und europäischer Ebene interessiert. Besondere Aufmerksamkeit ist den Bedürfnissen der KMU bei deren Umsetzung zu widmen.

Der EMB möchte ganz besonders die Bedeutung und Notwendigkeit der organisatorischen und sozialen Innovation beim Umstrukturierungsmanagement unterstreichen, wo dieses eigene Kompetenzen sowohl im Rahmen des Gesamtmanagements des laufenden Wandels als auch im Rahmen des Unternehmens, das diesen Wandel durchläuft und sich daran anpasst, ausgelöst hat.

Gewerkschaften sind einer der bestgeeigneten Akteure in diesem Bereich, aber – falls gewünscht – auch „Mittler eines sozial verantwortlichen Wandels“. Die Kommission sollte dies als eine ihrer Prioritäten berücksichtigen und die Sozialpartner mit der Aufgabe befassen, neue innovative Instrumente zu entwickeln, die es ermöglichen, sich dieser Herausforderung zu stellen.

- Der EMB schlägt vor, dass die Kommission die Sozialpartner auf zentraler und sektoraler Ebene aufruft, einen europäischen Innovationsrahmen für ein sozial verantwortliches Management dieses Wandels zu schaffen.
 - Der EMB bittet die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie interessierte Forschungsorganisationen, Forschungsarbeiten mit dem Schwerpunkt Umstrukturierungsthemen durchzuführen und in jenen Industriesektoren Pilotprojekte über die Handhabung des Wandels auf den Weg zu bringen, in denen grundlegende Änderungen stattfinden, beispielsweise im Schiffbau, der Stahl- oder Automobilindustrie. In diesem Kontext sollte das EMCC (Europäisches Zentrum für die Beobachtung von Veränderungen) angewiesen werden, die gegenwärtigen Entwicklungen in der Praxis zu verfolgen.
 - Der EMB unterstützt auch weiterhin gewerkschaftliche Forschungsprojekte oder führt diese in Bereichen ein, die für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Metallindustrie wichtig sind, d. h. in Bereichen wie Bildung und Lernen, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Organisationsentwicklung und Produktivitätsförderung.
4. Der EMB fordert seinen Hauptausschuss „Unternehmenspolitik“ dringend dazu auf, das Thema Innovation auch in den Europäischen Betriebsräten in den Metallsektoren zur Sprache zu bringen.
5. Der EMB möchte mehr über die künftigen Entwicklungsvisionen in den einzelnen Zweigen der Metallindustrie erfahren. Unsere Experten sind bereits in der Forschungsplattform „Stahl“ der GD Forschung der Europäischen Kommission vertreten. Das gleiche Prinzip sollte auf andere entsprechende Forschungsplattformen und Organe der Kommission, Projekte und

Forschungsprogramme in der Metallindustrie und insbesondere auf deren künftige Produktionstechnologien ausgeweitet werden.

Weitere Schritte zu Gunsten unmittelbarer EMB-Aktionen

Die Vertreter der GD Forschung werden zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses „Industriepolitik“ eingeladen.

Der EMB-Hauptausschuss „Industriepolitik“ wird das EMB-Innovationsmanifest auf seiner Sitzung im März 2004 besprechen und verabschieden.

Das EMB-Innovationsmanifest wird der Europäischen Kommission (GD Unternehmen und GD Forschung) sowie dem Europäischen Parlament auf der Sitzung des Europäischen Rates in Irland überreicht.

Das EMB-Innovationsmanifest wird mit dem EGB und dem ETUI mit dem Ziel behandelt, gemeinsame Aktionen zur Einbindung der Gewerkschaften in die europäische Forschungspolitik zu gewährleisten.

Zur Stärkung der gegenseitigen Kontakte wird der GD Forschung eine EMB-Agenda vorgestellt. Diese Agenda sollte mindestens folgende Vorschläge beinhalten:

- regelmäßige Kontaktherstellung zwischen dem EMB-Büro, der kleinen Arbeitsgruppe „Industriepolitik“ und der GD Forschung (Kabinett des Kommissars).
- gemeinsame Organisation durch den EMB und die GD Forschung einer Reihe von Arbeitsseminaren über die gegenwärtige europäische Forschungstätigkeit an vorderster Front in der Metallindustrie und der IKT-Branche, um gemeinsame Interessen herauszukristallisieren und die Rolle des EMB bei der Förderung dieser Interessen festzulegen.
- Verständigung des EMB und der GD Forschung auf die Beteiligung von EMB-Experten an neuen sektoralen Forschungsplattformen, die die GD Forschung einrichtet.
- erste Vorbereitungen der kleinen EMB-Arbeitsgruppe „Industriepolitik“ zur Sicherstellung der Einbindung des EMB in und dessen Teilnahme an der Bewertung des aktuellen 6. Rahmenprogramms sowie zur Gewährleistung seiner Beteiligung am nächsten Rahmenprogramm.

Die Kontakte mit der GD Unternehmen werden auf der Grundlage der vereinbarten Agenda ausgebaut. Die Themenbereiche der europäischen Innovationspolitik und der F&E werden ebenfalls in diesem Kontext diskutiert.

Die Dubliner Stiftung und das EMCC sind angewiesen, 2005 ein europäisches Innovationsforum zu organisieren, im Rahmen dessen alle wichtigen Parteien zur Besprechung der Frage zusammengeführt werden, wie das europäische Innovationsregister verbessert werden kann.